

Sperrfrist: 08.11.2010, 09:00 Uhr

Rede

Datum:

Unser Zeichen:
WS

Rede des Landrates zur Einbringung des Haushaltsplans 2011 im Rahmen der Kreistagssitzung am 8. November 2010

- *es gilt das gesprochene Wort* -

Anrede

fast genau ein Jahr nach der Einbringung des Haushalts 2010 lege ich Ihnen heute Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Jahr 2011 vor.

Ich stehe hier und kann nicht anders.

Trotz des finanziellen Tsunamis, der die öffentlichen Haushalte in einer noch nie da-gewesenen Wucht getroffen hat, investieren wir in die Zukunft und in die Bildung.

Warum?

1. Weil es notwendig ist!
2. Weil es alternativlos ist!
3. Weil die Zukunft auf den Schulbänken sitzt!

Wenn ich Ihnen später die Grundzüge des Haushalts 2011 vorstelle, so werde ich für die allermeisten von Ihnen keine Erwartungen enttäuschen, allenfalls den einen oder andern kleinen Hoffnungsschimmer.

Der Kreisausschuss hat am 27.10.2010 den Entwurf des Haushalts 2011 mit folgenden Eckwerten festgestellt.

• Jahresfehlbedarf 2011:	56,1 Mio. €
• Investitionen 2011:	61,9 Mio. €
• Kreditaufnahme 2011:	111,2 Mio. €
davon Kassenkredite:	58,4 Mio. €
• Tilgung	8,8 Mio. €
• Nettoneuverschuldung	102,3 Mio. €
davon Kassenkredite	58,4 Mio. €
davon Finanzierungskredite	43,4 Mio. €

Nach dem Haushaltsplan 2011 wird die Pro-Kopf-Verschuldung des Kreises - einschließlich der Kassenkredite – von ca. 1.089 € auf dann 1.500 € steigen.

Anrede,

Die Haushalte 2011 der hessischen Landkreise befinden sich weiter auf Rekordjagd – im negativen Sinne.

Nach dem Haushalt 2010, der mit einem Fehlbefrag im Ergebnishaushalt von rund 38,4 Mio. € die bisherige traurige Rekordmarke setzt, wird dies jetzt noch um weitere 17,7 Mio. € übertroffen. Das Defizit hat mittlerweile Dimensionen erreicht, die jeden Gedanken an einen Haushaltsausgleich in weite Ferne rücken lassen.

Nach der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise, die den Lahn-Dill-Kreis als einer der am stärksten industrialisierten Landkreise Hessens überdurchschnittlich stark getroffen hat, trifft uns jetzt die Krise der öffentlichen Haushalte mit voller Wucht.

In den Medien wird diese Haushaltskrise vor allem als eine der Städte und Gemeinden dargestellt. Vergessen wird dabei, dass es in Hessen, aber auch Rheinland-Pfalz und Niedersachsen, vor allem die Kreise sind, die die meisten Sorgenfalten auslösen. 2011 wird der übliche ein- bis eineinhalbjährige Nachlauf, mit dem die Kreise über die Steuereinnahmen ihrer Kommunen an der Wirtschaftsentwicklung teilhaben oder Einbrüche verspüren, sich vollumfänglich auswirken.

Kreis- und Schulumlage 2011 erfassen das kommunale Steueraufkommen, also vor allem Grund- und Gewerbesteuer sowie Einkommensteuer, des 2. Halbjahres 2009 und des 1. Halbjahres 2010. Vor allem das 2. Halbjahr 2009 war bei vielen Städten und Gemeinden durch starke Einbrüche gekennzeichnet.

In den letzten Wochen verstärken sich die Anzeichen, dass die konjunkturelle Erholung doch noch dynamischer ist als zunächst von Skeptikern erwartet. Die acht führenden Wirtschaftsinstitute gehen nach aktuellen Berichten davon aus, dass die Wirtschaft in diesem Jahr um 3,5 % wächst. 2011 könnte demnach nach optimistischen Annahmen die Krise komplett überwunden sein. Nach Informationen der "Frankfurter Rundschau" erwarten die Steuerschätzer für das laufende und das kommende Jahr mindestens 30 Milliarden Euro mehr, wobei vor allem Gewerbe- und Körperschaftsteuer sich sehr gut entwickeln sollen.

Bei allem Grund zur Freude: Die öffentliche Verschuldung auf allen Ebenen lastet schwer und wird Bund, Länder und Kommunen noch zu massiven Kürzungen zwingen, auch wenn die aktuellen Haushalte 2010 und 2011 durch das enorme Wachstum entlastet werden – der Ausgleich der jährlichen Haushalte ist noch in weiter Ferne. Der **Bund** hat vor Kurzem das sog. „Zukunftspaket“ auf den Weg gebracht, nach dem innerhalb der nächsten vier Jahre knapp 80 Mrd. € eingespart werden sollen, um ab 2011 die neue Schuldenbremse des Grundgesetzes einhalten zu können. Nach dieser sind ab 2020 für Bund und Länder grundsätzlich keine neuen Schulden mehr zum Ausgleich der Haushalte zugelassen.

Die Landesregierung hat im September die Pläne zur Einführung einer Schuldenbremse für das **Land Hessen** vorgestellt. Der Gesetzentwurf soll Mitte Dezember durch den Landtag beschlossen werden. Da die Schuldenbremse auch in die Hessische Verfassung aufgenommen werden muss, wird es zusammen mit der Kommunalwahl am 27. März 2011 eine Volksabstimmung geben.

Was nicht passieren darf, sich aber mit dem Kommunalen Finanzausgleich 2011 - zu dem ich später noch komme - bereits abzeichnet, ist, dass das Land Hessen auf Kosten seiner Kommunen spart. Der neue hessische Ministerpräsident Volker Bouffier hat in seiner Regierungserklärung dazu folgendes gesagt: „Wir wollen deshalb verhindern, dass die Schuldenbremse unsere Kommunen vor neue Probleme stellt. Eine Schuldenbremse des Landes auf Kosten der Kommunen umzusetzen, wäre der falsche Weg.“ Herr

Ministerpräsident, ich nehme Sie beim Wort! Beachten Sie einfach den Artikel 137 Abs. 5 der Hessischen Verfassung. Dieser regelt die finanzielle Ausstattung der Kommunen. Eine Verfassungsklage wird derzeit durch den Hessischen Landkreistag geprüft.

Alleine mit Sparen kann man allerdings den danieder liegenden öffentlichen Haushalten auf Dauer auch nicht helfen. Es braucht neben einer effizienten Verwaltung, Verzicht auf Doppelstrukturen und Doppelarbeit ohne Nutzen für die Bürgerinnen und Bürger eben auch einer Steuerpolitik, die der öffentlichen Hand diejenigen Erträge sichert, die sie für ihre vielfältigen Aufgaben braucht. Wer Steuersenkungen fordert, möge bitte auch gleichzeitig diejenigen öffentlichen Aufgaben und Einrichtungen benennen, die dann weggespart werden sollen.

Anrede,

anders als Bund und Länder können die Kommunen und hier insbesondere die Landkreise ihre Ausgaben-, vor allem aber ihre Einnahmensituation selbst nur in marginalem Umfang beeinflussen. Wir sind auf Gedeih und Verderb abhängig von der Bundes- und Landesgesetzgebung und der Wirtschaftsentwicklung, also der Entwicklung des Steueraufkommens.

Städte, Landkreise und Gemeinden mussten allein im Zeitraum von 2008 bis 2010 einen finanziellen Absturz in einer Größenordnung von 22 bis 22,5 Mrd. € verkraften. Wenn nach der jüngsten Steuerschätzung für 2010 und 2011 Mehreinnahmen von rd. 30 Mrd. € erwartet werden, reicht dies noch nicht einmal aus, um die bis dahin eingetretenen Einbrüche der kommunalen Finanzausstattung zu kompensieren.

Mit einer signifikanten Verbesserung der Situation ist nicht zu rechnen. Stattdessen verharren auch in den Folgejahren die kommunalen Defizite auf hohem Niveau. In der Mittelfristprognose 2010 bis 2014 wird nach Auffassung des Bundesfinanzministeriums ein kumuliertes Defizit von insgesamt 60 Mrd. € erwartet. Im Jahr 2011 wird dabei der Höhepunkt der Defizitentwicklung mit 15,5 Mrd. € liegen. Bis 2014 soll es danach jährlich um 2 bis 2 ½ Mrd. € bis auf 8 Mrd. € abschmelzen.

Ob man diesen Optimismus teilt, sei einmal dahingestellt. Unstrittig ist, dass die Verschuldung auf allen staatlichen Ebenen zurückgeführt werden muss. Wenn dank der konjunkturellen Situation schon ein deutliches Plus beim Steueraufkommen zu erwarten ist, muss dies ganz maßgeblich zur Rückführung der Verschuldung aller Ebenen eingesetzt werden. Es zeugt nicht von Weitsicht, wenn einzelne Regierungsparteien jetzt schon wieder nach Steuerentlastungen rufen. Die Steuerquote in Deutschland liegt bei 23 v. H. Im OECD-Vergleich ist Deutschland Schlusslicht, wir sind kein Hochsteuerland. Mit den Zimmerpreisen einer Jugendherberge kann man jedoch kein Mittelklassehotel betreiben. Es passt in diesem Zusammenhang auch überhaupt nicht, dass auf Bundesebene laut über die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutiert wird.

Gestatten Sie mir noch einige Anmerkungen zu dem explosionsartig zunehmenden Personenkreis der Aufstocker nach SGB II. Das sind Personen, die Teilzeit oder Vollzeit arbeiten und zusätzliche Leistungen durch den Sozialhilfeträger erhalten. Derzeit sind 3.290 Personen als Aufstocker registriert. Vor 5 Jahren hatten wir weniger als 1.000 Aufstocker.

Derzeit erhalten 1.333 Personen Leistungen nach der Grundsicherung gem. SGB XII. Dies sind überwiegend ältere Frauen mit geringer Rente. Hierfür verausgabt der Lahn-Dill-Kreis ca. 6 Mio. €.

Die 3.290 Aufstocker sind der Niedriglohnbereich von heute und die Altersarmut von morgen. Dem Kreishaushalt droht hier eine massive zusätzliche Belastung. Ich möchte mit den Kreis- und Schulumlagen der Städte und Gemeinden lieber in Bildung in-

vestieren als den Niedriglohnbereich zu subventionieren. Ein gesetzlicher Mindestlohn ist die richtige Antwort auf diese Entwicklung.

Anrede,

Hessens Landkreise sind leider weit davon entfernt, einen Abbau ihrer Verschuldung in Angriff nehmen zu können. Die traurige Realität ist: Sie nehmen beim Gesamt-schuldenstand bundesweit eine Spitzenstellung ein, wie Analysen des Deutschen Landkreistages zeigen. Ihre Pro-Kopf-Verschuldung stieg auf durchschnittlich knapp 1000 €; zum Vergleich lagen die rheinland-pfälzischen Kreise bei rund 630 € pro Einwohner:

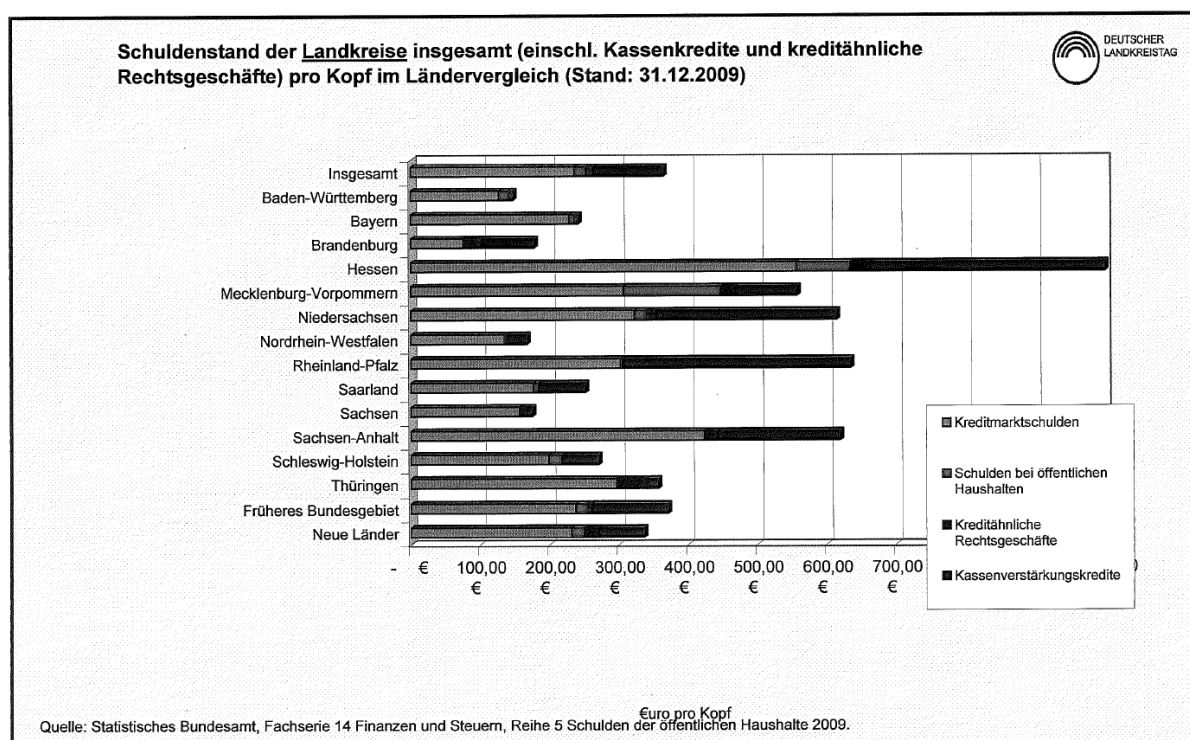


Abb. 1: Pro-Kopf-Schuldenstand der Landkreise am 31.12.2009 (Quelle: Statistisches Bundesamt/DLT)

Hauptproblem der Landkreisfinanzierung sind die exorbitanten Kassenkredite, die nur für konsumtive Zwecke benötigt werden, denen also kein Vermögen gegenüber steht und die in immer größerem Maße zur Finanzierung der laufenden Aufgaben dienen, weil die laufenden Einnahmen damit bei Weitem nicht mehr Schritt halten:

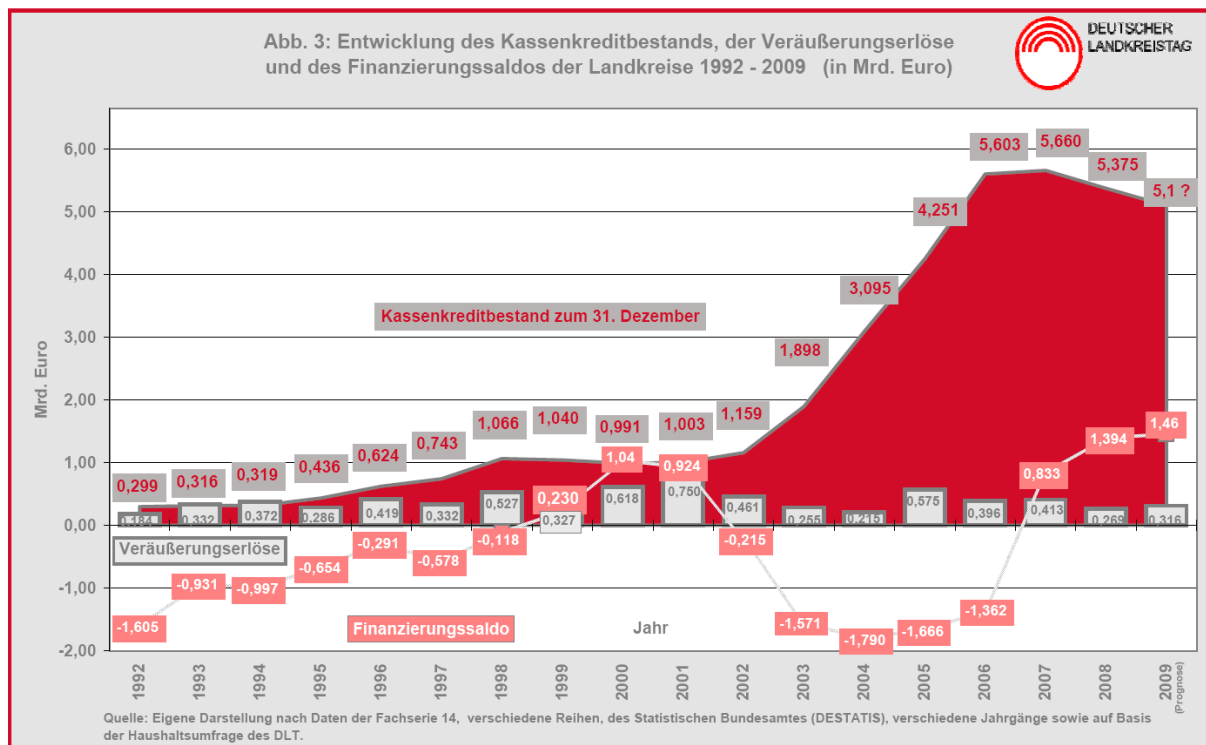


Abb. 2: Entwicklung des Kassenkreditbestandes der Landkreise 1992 – 2009 (Quelle: DLT)

Anrede,

nach diesem Ausblick auf die bundes- und steuerpolitischen Entwicklungen möchte ich Ihnen jetzt den Haushaltsentwurf 2011 des Lahn-Dill-Kreises in seinen wesentlichen Elementen kurz vorstellen.

I. Investitionen

Lassen Sie mich mit den für 2011 und die Folgejahre vorgesehenen **Investitionen** beginnen.

○ Bildung

Fasst man die bauliche Instandhaltung sowie alle Investitionsmaßnahmen im engeren Sinne zusammen, so wird der Lahn-Dill-Kreis im Jahr 2011 insgesamt 57,2 Mio. € in Bildung investieren:

I. Ergebnishaushalt aus Haushaltsplan 2011 Seite 5-279	Mittelansatz	Mittelansatz	Differenz
	2011	2010	
allgem. Mittel bauliche Unterhaltung	4.000.000	4.000.000	0
Einzelmaßnahmen allgemein	2.000.000	2.000.000	0
Einzelmaßnahmen - Energie -	1.525.000	1.500.000	25.000
Einzelmaßnahmen – PCB-Sanierung -	100.000	250.000	-150.000
Einzelmaßnahmen – Legionellenbekämpfung -	300.000	100.000	200.000
Standsicherheit – Brandschutz	1.250.000	1.250.000	0
Summe	9.175.000	9.100.000	75.000
II. Finanzhaushalt			
Investitionsprogramm			
aus Haushaltsplan 2011 Seite 6-32 ff			
Auszahlungen für bauliche Investitionen	48.116.900	27.626.000	20.490.900
Summe Schulbaumaßnahmen	57.291.900	36.726.000	20.565.900

An investiven Einzelmaßnahmen sind für 2011 folgende Projekte an Fortführungs- und neuen Maßnahmen vorgesehen:

Schulbau - Einzelmaßnahmen

	Fortführungsmaßnahme
	Neue Maßnahme

Maßnahmen	Haushaltsansatz 2011	Verpflicht.-ermächt. 2011	Gesamtauszahlungsbedarf Projekt	davon bisher bereitgestellt
1	2	3	4	5
€	€	€	€	€
Grundschulen				
Grundschule Aßlar - Komplettsanierung Fortführung Konjunkturpaket Bund	900.000		3.100.000	2.200.000
Chattenbergschule Katzenfurt - Komplettsanierung Klassentrakt u. Neubau Multifunktionsgebäude	724.000		3.550.000	2.826.000
Eschenburgschule, Eschenburg-Eibelshausen - Brandschutzsanierung	150.000		250.000	100.000
Grundschule Rechtenbach - Abbruch und Neubau	3.050.000		6.050.000	3.000.000
Lahn-Ulm-Schule, Leun-Biskirchen - Sanierung der Turnhalle	800.000		2.000.000	1.200.000
Grundschule Siegbach-Eisemroth - Brandschutzsanierung	150.000		250.000	100.000
Lotte-Eckert-Schule, Brandobersdorf - Sanierung und Ersatzneubau Klassentrakt	563.000		2.665.000	2.102.000
Schloßschule Braunfels - Energetische Sanierung Altbau; Renovierung Klassenräume Altbau; Erneuerung Heizkessel	190.000		190.000	0
Grundschule Ehringshausen - Abbruch alte Verwaltung und Pausenhofüberdachung; Wiederherstellung Außenanlage	152.000		152.000	0
Nassau-Oranien-Schule Beilstein - Sanierung und Umsetzung Brandschutzkonzept Sporthalle	400.000		400.000	0
Dernbachschule Herborn-Seelbach - Grundhafte Sanierung 3. und 4. Bauabschnitt - Fortführung Sonderinv.programm Land	950.000		2.700.000	1.750.000
Grundschule Hocheilheim - Sanierung Pausenhalle und WC; Erstellung 2. Rettungsweg	650.000	50.000	700.000	0
Grundschule Atzbach - grundhafte Sanierung	1.000.000	300.000	1.300.000	0
Grundschule Solms, Burgsolms - Abschluss Sanierung - Fortführung Konjunkturpaket Bund	150.000		1.350.000	1.200.000
Grundschule Solms-Niederbiehl - Sanierung		450.000	450.000	0
Albert-Schweitzer-Schule, Wetzlar - Komplettsanierung		1.500.000	5.000.000	0
Geschwister-Scholl-Schule Niedergirmes - 2.BA Sanierung Hauptgebäude	230.000		230.000	0
Grundschule Münchholzhausen - Brandschutzkonzept, Standsicherheit, Ertüchtigung techn. Anlagen, energetische Sanierung, Neubau Laubengänge, Umsetzung funktionaler Maßnahmen	750.000	750.000	1.500.000	0
Diesterwegschule Herborn - Grundhafte Sanierung und Fortführung Brandschutzsanierung Gebäudeteil "Neubau"	150.000		650.000	0
Wetzachtalschule Nauborn - Umsetzung Brandschutzkonzept und energetische Sanierung Dach und Fassade; Fortführung Konjunkturpaket Bund	418.000		1.718.000	1.300.000
Haupt-/Realschulen				
Comenius-Schule Herborn - Sanierung des Schustertraktes und der Außen-WC-Anlage - Fortführung Sonderinv.programm Land	1.170.000		2.670.000	1.500.000
Fritz-Philippi-Schule Breitscheid - Grundhafte Sanierung des Grundschulgebäudes	500.000		500.000	0
Johann-Heinrich-Alsted-Schule Mittenaar - Sanierung kleine Turnhalle - Fortführung Konjunkturpaket Bund	500.000		1.500.000	1.000.000
Johann-Heinrich-Alsted-Schule Mittenaar - Sanierung WC und Lehrküche im Schustertrakt	250.000		250.000	0
Goldbachschule Frohnhausen - Umsetzung Brandschutzkonzept u. energ. San. Turnhalle	500.000		500.000	0
Goldbachschule Frohnhausen - Energetische Sanierung Trakt C+D	520.400	700.000	1.220.400	0
Gymnasien				
Johanneum Gymnasium Herborn - Ersatzneubau des 1er Gebäudes - Fortführung Sonderinv.programm Land	2.200.000		9.242.909	7.042.909
Wilhelm-von-Oranien-Schule Dillenburg - Errichtung eines Steildaches über dem Haupteingang	160.000		160.000	0
Johanneum-Gymnasium Herborn - Grundhafte Sanierung Gebäude 5	200.000		3.200.000	0
Johanneum-Gymnasium Herborn - Grundhafte Sanierung und Umbau der großen Sporthalle zur Versammlungsstätte	200.000	800.000	1.000.000	0

(Fortsetzung s. nächste Seite)

Maßnahmen	Haushalts- ansatz 2011	Verpflicht.- ermächt. 2011	Gesamtaus- zahlungs- bedarf Projekt	davon bisher bereitgestellt
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
Berufliche Schulen				
Käthe-Kollwitz-Schule, Neubau	5.000.000	10.000.000	40.250.000	250.000
Theodor-Heuss-Schule, Neubau	5.000.000	10.000.000	40.250.000	250.000
Gewerbliche Berufsschule Dillenburg - Umbau und Erweiterung	200.000		12.200.000	0
Kaufmännische Berufsschule Dillenburg - Verlegung Lehrerzimmer, Umbauarbeiten Verwaltung, Sanierung Pausenhalle	260.000		260.000	0
Gesamtschulen				
Alexander-von-Humboldt-Schule, Aßlar - Komplettsanierung, Fortführung des Sonderinv.programm Land	1.600.000	1.400.000	8.100.000	2.000.000
Johannes-Gutenberg-Schule, Ehringshausen - Klassengebäude Brandschutz-/Energetische Sanierung	2.000.000	1.000.000	6.100.000	1.000.000
IGS Lahnau-Atzbach (Lahntalschule) - Neubau Turnhalle	1.400.000		5.100.000	3.700.000
IGS August-Bebel-Schule, Wetzlar - Komplettsanierung	4.000.000	4.500.000	11.000.000	2.500.000
Holderbergschule, Eschenburg-Eibelshausen - Brandschutzsanierung	1.000.000		2.250.000	250.000
Rotebergschule Dillenburg - Sanierung Turnhallendach	1.000.000		2.500.000	1.500.000
Johannes-Gutenberg-Schule Ehringshausen - Abbruch Förderstufentrakt und Pausenhofüberdachung, Wiederherstellung Außenanlage	325.000		325.000	0
Schwingbachschule Rechtenbach - Fortführung Komplettsanierung Sonderinv.programm Land	90.000		5.140.000	2.050.000
IGS Lahnau-Atzbach (Lahntalschule) - Umsetzung Brandschutzkonzept - Fortführung Konjunkturpaket Bund	1.500.000		3.500.000	2.000.000
Gesamtschule Solms, Burgsolms - 2. BA Umbau Naturwissenschaften	800.000	550.000	1.350.000	0
Gesamtschule Solms, Burgsolms - Sanierung Sanitäranlagen	800.000		800.000	0
Westerwaldschule Driedorf - Umsetzung Brandschutzkonzept Trakte A,B,C,D,E; grundlegende Sanierung Trakt B, grundlegende Sanierung naturwissenschaftlicher Trakt	934.500	750.000	1.684.500	0
Holderbergschule Eibelshausen - grundlegende Sanierung kleine Turnhalle und Umbau zur Versammlungsstätte - Fortführung Konjunkturpaket Bund	650.000		1.650.000	1.000.000
Johann-Textor-Schule Haiger - Umsetzung Brandschutzkonzept G-Gebäude	400.000		400.000	0
Summe investive Auszahlungen	44.536.900	32.750.000	197.307.809	41.820.909

Anrede,

angesichts dieser Daten wird deutlich, dass der Kreis massiv in die Bildungsinfrastruktur und damit die Rahmenbedingungen für das Lernen nachfolgender Generationen investiert. Sie stehen unangefochten an erster Stelle des Investitionsprogramms. Wir setzen genau das um, was die CDU-Kreistagsfraktion, was Sie, lieber Hans-Jürgen Irmer, fordern – wir schaffen sichere, zeitgemäße, moderne, gut ausgestattete Schulen, in denen das Lernen und das soziale Miteinander der Schülerinnen und Schüler sowie der Pädagogen gefördert wird. Addiert man die in den Haushaltsplänen **seit 2008** bereitgestellten Investitionsbudgets, so wurden bzw. werden unter Berücksichtigung des Ihnen heute vorliegenden Zahlenwerks **bis 2014 346 Mio. €** in Bildung investiert!

Wir handeln also sehr wohl weitsichtig, denn: Was man an der Saat spart, verliert man an der Ernte.

Dieser Haushalt ist keine Schulschließungsorgie, sondern ein Festival der Bildung an Lahn und Dill.

Allerdings, das sage ich an dieser Stelle auch sehr deutlich, befinden wir uns in einem demografischen Wandlungsprozess. Wenn uns die Statistiken und Projektionen sagen, dass in vielen Regionen des Landes – auch im Lahn-Dill-Kreis - die Bevölkerungszahl von 2008 bis 2030 zurückgehen wird, so können wir bei den heute anstehenden Entscheidungen, die uns langfristig binden, nicht die Augen davor verschließen. Der Lahn-Dill-Kreis liegt mit einem erwarteten Bevölkerungsrückgang von rd. 9 % über dem Landesdurchschnitt von rd. 4,3 %, wenngleich immer noch deutlich unter dem Trend für Nordhessen (Werra-Meißner-Kreis: 17,8 %).

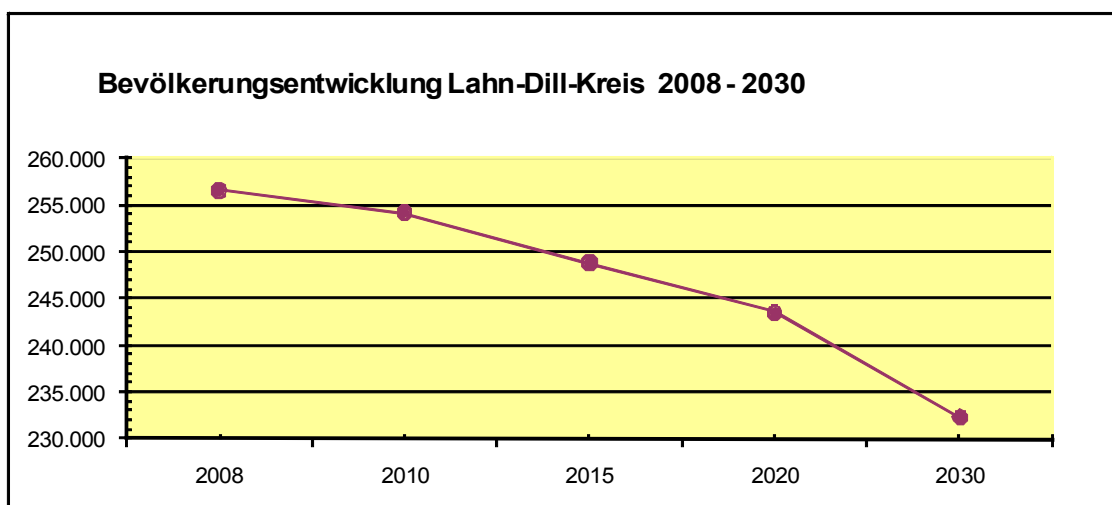


Abb. 3: Bevölkerungsprojektion 2008 – 2030; Quelle. Hessisches Statistisches Landesamt, Wiesbaden, 2010; eigene Grafik

Deshalb, meine sehr geehrten Damen und Herren, müssen wir in Verantwortung für die nachfolgenden Generationen auch darüber sprechen, wie der Kreis auf diesen Trend reagieren muss. Der heute zu beschließende Schulentwicklungsplan gibt hierzu eine Antwort.

Meine Damen und Herren, unsere Aufgabe ist es, die Schulen funktional und baulich zu betreiben. Für Bildungsinhalte ist das Land Hessen verantwortlich. Ich halte es für einen Skandal, dass 5,5 % der Schulentlassenen im Lahn-Dill-Kreis die Schule ohne Abschluss verlassen.

Sehr geehrter Herr Irmer, das ist Ihre Baustelle! Wir brauchen eine Bildungspolitik die Menschen fördert und nicht zurücklässt.

- **Straßenbau**

Der vergangene Winter hat allen Straßenbaulastträgern vor Augen geführt, dass Unterhaltung von Straßen mit kleinem Geld auf Dauer nicht funktioniert, sondern teuer wird. Der Zustand vieler Straßen und Brücken, nicht nur derjenigen des Kreises, ist teilweise ausgesprochen desolat. Leider gingen die Landkreise für ihre Verkehrsinfrastruktur im Rahmen des Konjunkturpaketes des Bundes gänzlich leer aus – grundhafte, also wertsteigernde Sanierungen müssen wir daher, wenn im Einzelfall keine Landeszuweisungen fließen, alleine stemmen. Welchen Handlungsspielraum der Kreis angesichts seiner Verschuldung hat, dürfte bekannt sein. Im Interesse der Verkehrssicherheit sind weitere Kürzungen auch bei den Investitionen nicht mehr verantwortbar. Konsequenterweise müssten dann die überörtlichen Straßen einem anderen Träger zugeordnet werden.

Die folgenden Einzelmaßnahmen für grundhafte Sanierung sind im Haushaltsplan für 2011 vorgesehen:

Kreisstraßen, Rad- und Gehwege (Einzelmaßnahmen)

	Fortführungsmaßnahme
	Neue Maßnahme

Maßnahmen	Haushalts- ansatz 2011	Verpflich- tungser- mächtigung 2011	Gesamtaus- zahlungs- bedarf Projekt	davon bisher bereitgestellt
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
Kreisstraßen				
K 68 Breitscheid - Erdbach	350.000	150.000	1.060.000	560.000
K 53 zw. L 3042 und Tringenstein	750.000	700.000	2.900.000	1.450.000
K 59 GE Bellersdorf-Bermöll			161.000	0
K 77 Bauwerk Mademühle - Rehe			350.000	0
K 61 GE OD Uckersdorf			155.000	0
K 374 GE Br.-Bonbaden-Schw albach	974.000	100.000	1.074.000	0
K 385 UF DB u. Dill, Brückensanierung	50.000		1.300.000	0
K 31 GE Hirzenhain - Simmersbach	850.000	150.000	1.050.000	0
K 39 Uckersdorf - Donsbach	850.000	180.000	1.100.000	0
K 39 UF Dill in Dillenburg (Obertorbrücke)	30.000		30.000	0
K 64 UF Dill bei Dillheim	50.000		50.000	0
K 376 UF Wetzbach bei Nauborn	30.000		30.000	0
Rad- und Gehwege				
K 39 Radweg zw. Donsbach und L 3042			205.000	0
Summe investive Auszahlungen	3.934.000	1.280.000	9.465.000	2.010.000

Anrede,

für den Kommunalen Finanzausgleich 2010 plant das Land Hessen auch drastische Kürzungen bei den Investitionszuweisungen für den kommunalen Straßenbau. Der Ansatz im Landeshaushalt soll hiernach von 10 Mio. € auf nur noch 2 Mio. € zusammengestrichen werden. Die für 2011 vorgesehenen Maßnahmen, für die insgesamt rund 2,6 Mio. € an Zuweisungen des Landes vorgesehen sind, stehen daher unter dem Vorbehalt, dass sich an den mit dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen abgestimmten Maßnahmen nichts ändert. Angesichts der massiven Kürzungen kann ich nicht ausschließen, dass gerade bei den neuen Maßnahmen Zuschüsse gekürzt werden oder wegfallen; das Straßenbauprogramm 2011 ff. muss dann neu beraten werden.

Für den Zustand der Kreisstraßen und damit auch eines wichtigen Bausteins der Infrastruktur des Kreises verheißt dies mit Blick auf die Finanzausstattung nichts Gutes.

- **Verwaltungsgebäude**

Anrede,

als Landkreis tragen wir Verantwortung nicht nur für die Schülerinnen und Schüler oder die Nutzer/innen der Kreisstraßen, sondern auch für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter - in der Kernverwaltung waren dies Ende 2009 immerhin rd. 1.085 unbefristete und befristete Beschäftigte.

Für die allgemeine Verwaltung wollen wir für 2011 insgesamt 8,7 Mio. € investieren. Der Löwenanteil mit 7,7 Mio. € entfällt dabei auf den Neubau des maroden Kreishauses Wetzlar. Der bauliche Zustand dieses Hauses ist Ihnen ja bereits hinlänglich bekannt. Sollte der Winter 2010/2011 ähnlich streng ausfallen wie der des vergangenen Jahres, so werden wir erneut die Situation haben, dass die Räume am Morgen teilweise nur bis zu 14° C Raumtemperatur haben. In jedem Büro wird versucht, sich mit Heizlüftern über Wasser zu halten - solange die Sicherungen dies erlauben. Dies ist jenseits aller Arbeitssicherheitsrichtlinien und jenseits aller ökonomischen und ökologischen Vernunft. Die Hausmeister berichten mir, dass sie nicht wissen, wie sie dieses Haus durch einen nochmaligen starken Winter bringen sollen. Ich appelliere an Sie eindringlich, dass der Kreistag hier sehr schnell zu einem Konsens über die endgültige Konzeption kommt – das Ziel lautet nicht, Luxus zu bauen, sondern ein nachhaltig wirtschaftliches, im besten Sinne sparsames und flexibel nutzbares Gebäude, in dem vernünftige Arbeitsbedingungen herrschen – im Interesse aller, für die wir arbeiten und uns einsetzen. Gehandelt werden muss jetzt.

Verwaltungsgebäude, allgemeine Verwaltung

Fortführungsmaßnahme
 Neue Maßnahme

Maßnahme	Haushalts- ansatz 2011	Verpflich- tungser- mächtigungen 2011	Gesamtaus- zahlungs- bedarf	davon bisher bereitgestellt
	€	€	€	€
1	2	3	4	5
Sanierung Kreishäuser Dbg	500.000		535.000	35.000
Neubau Kreishaus, Karl-Kellner-Ring	7.700.000		20.700.000	13.000.000
Lizenzen, DV-Software	191.000			
Ersatz und Ergänzung DV-Hardware	189.170			
Ersatz- u. Ergänzungsbeschaffungen für alle Fachbereiche	106.470			
Zentrale Netzwerkkomponenten	40.000	65.000	734.500	424.500
Inventar nach Umzug Wz		1.550.000	1.550.000	0
Technik/RZ nach Umzug Wetzlar	100.000	200.000	300.000	0
Erweiterung Parkplatz Herborn	60.000		60.000	0
Umbau/Sanierung Kreishaus KKR	510.000		510.000	0
Summe investive Auszahlungen	8.726.640	65.000	23.945.500	15.678.500

Noch nicht im Haushaltsentwurf enthalten ist die Sanierung des denkmalgeschützten Kreishauses IV in Dillenburg, dessen Holzkonstruktion mit Pilzen und Hausschwamm befallen ist. Details werden derzeit noch in Abstimmung mit dem Denkmalschutz und Sachverständigen geklärt. Nach vorsichtigen Schätzungen ist mit Kosten bis zu einer Million € zu rechnen.

Neben den Kreishäusern wollen wir auch für die weit über die Kreisgrenzen hinaus anerkannte Altenpflegeschule des Kreises ab 2011 endlich eine angemessene und zukunftsorientierte Gebäudesituation schaffen und die unbefriedigende Interimslösung in Haiger beenden. Dabei sind wir besonders bemüht, hierfür die wirtschaftlichste Lösung zu finden. Nach eingehenden Kostenvergleichen schlägt Ihnen der Kreis Ausschuss vor, dass der Eigenbetrieb Abfallwirtschaft einen Neubau an unserem Herborner Standort mit einem Kostenaufwand von rund 2,5 Mio. € neu errichtet, finanziert und an den Kreis vermietet. Der Eigenbetrieb kann eine solche Investitionen im Rahmen seiner liquiden Mittel aus den langfristigen Rückstellungen für die Deponieachsorge finanzieren; diese Anlage ist für ihn deutlich attraktiver als die Geldanlage, gleichzeitig ist der Zins für den Kreis günstiger als im Falle einer langfristigen Finanzierung über den Kapitalmarkt. Mit der Altenpflegeschule nimmt das dortige Gesundheitszentrum weiter Gestalt an.

Ich komme dann zu den laufenden Aufgaben im Rahmen des

II. Ergebnishaushalts 2011

Anrede,

mit rund 56,1 Mio. € erreicht das Haushaltsdefizit des Lahn-Dill-Kreises einen neuen traurigen Rekordwert. Dabei steht der Kreis nach den ersten Voranschlägen aus anderen hessischen Kreisen noch relativ gut da:

	Mio. €
Main-Taunus-Kreis	ca. 32,7
Hochtaunuskreis	ca. 44,6
Bergstraße	ca. 58,0
Groß-Gerau	ca. 62,9
Main-Kinzig-Kreis	ca. 85,3
Offenbach	ca. 107,4

Wenn Sie sich die Zahlen des Gesamtergebnishaushalts im Vergleich zum laufenden Haushaltsjahr ansehen, können Sie relativ schnell erkennen, dass es nicht die Aufwendungen sind, die davon laufen, sondern die Erträge.

Während die für 2011 geplanten **Aufwendungen** mit 258,9 Mio. € **nur um 1,3 Mio. € oder 0,5 %** über denjenigen des Jahres 2010 liegen, brechen die **Erträge** mit 202,8 Mio. € **um sage und schreibe 16,4 Mio. €, das sind knapp 7,5 %**, ein.

Bei den Aufwendungen haben wir nochmals den Rotstift gespitzt und alle Produktbudgets einem Stresstest unterzogen. Lässt man die **Personal- und Versorgungsaufwendungen**, die wegen der tariflichen Erhöhungen sowie die Änderungen der Sozialversicherung und Altersversorgung um 1,2 % auf 44,7 Mio. € steigen, außen vor, ist bei den übrigen Aufwendungen mit knapp 0,4 % praktisch keine Steigerungsrate vorhanden. Mehr konsolidieren kann man vernünftigerweise nicht.

Die Personalkostenquote des Kreises, also der Anteil der Personal- und Versorgungskosten an den Gesamtaufwendungen, liegt 2011 bei 18,4 %. Damit stellen wir uns auch gerne einem Wettbewerb.

Anrede,

die Quelle des Übels ist der Kommunale Finanzausgleich (KFA) 2011, der nach den gesetzgeberischen Absichten des Landes um rund 360 Mio. € gekürzt werden soll. Begründet wurde dies bislang stets mit den hohen Zahlungsverpflichtungen des Landes in den Länderfinanzausgleich und dem Umstand, dass die hessischen Kommunen im deutschlandweiten Vergleich regelmäßig die höchsten Steuereinnahmen erzielen. Ob dies zutrifft, sei dahingestellt. Fakt ist, dass die Belastungen des Landes durch den Länderfinanzausgleich deutlich rückläufig sind; das Land selbst geht nach Berechnungen vom August 2010 für 2011 gegenüber 2010 von Minderausgaben in einer Größenordnung von 257 Mio. € aus. Zudem hat das Land erst vor wenigen Tagen erklärt, dass durch Selbstanzeigen von Steuerpflichtigen, die Geldanlagen im Ausland der Steuer entzogen hatten, bisher schon rd. 324 Mio. € zusätzlich eingenommen werden konnten.

Die Argumente des Landes erscheinen mir daher nicht sehr belastbar. Sie zeugen auch nicht von einem weitsichtigen Handeln unter Berücksichtigung seiner Kommunen. Unsere Schulden sind gesamtstaatlich und europarechtlich Schulden des Landes und damit nationale Schulden. Wenn Bund und Land mit gutem Grund Instrumente wie Schuldenbremse und Konsolidierung diskutieren und praktizieren, so muss es auch eine sachgerechte Lösung für die kommunale Verschuldung geben, soweit sie nicht hausgemacht ist. Der KFA 2011 ist für mich Beweis dafür, dass diese Erkenntnis noch nicht bei der Landesregierung angekommen ist.

Bei den **Kreisschlüsselzuweisungen** 2011 kann das Niveau des Vorjahres praktisch nur durch die bereits erwähnte Kompensationsumlage, Kürzungen bei den Investitionspauschalen und den besonderen Finanzausweisungen gehalten werden.

Hauptgrund für den Einnahmeausfall beim KFA sind allerdings mit landesweit rd. 186,3 Mio. € die **geringeren Umlagegrundlagen für die Kreis- und Schulumlagen**.

Hierin spiegeln sich vor allem die Gewerbesteuer ausfälle vor Ort wieder. Beim Lahn-Dill-Kreis macht dies nach der aktuellen Trendberechnung des Landkreistages immerhin knapp 16 Mio. € aus.

Da der Lahn-Dill-Kreis mit 58 % die aus Sicht des Landes zulässige Obergrenze für die Hebesätze bei Kreis- und Schulumlage ausgeschöpft hat, sind für 2011 keine Hebesatzerhöhungen vorgesehen. Folge der gesunkenen Umlagegrundlagen ist, dass die kreisangehörigen Städte und Gemeinden gegenüber dem Vorjahr um rd. 16 Mio. € entlastet werden.

Neben den Kürzungen und Umschichtungen im Rahmen des KFA verlieren die Landkreise und kreisfreien Städte durch den **Wegfall der Grunderwerbsteuerzuweisung**, über die die Kommunen zu 4/7 am Aufkommen der Grunderwerbsteuer beteiligt waren, landesweit mindestens rd. 160 Mio. €. Beim Lahn-Dill-Kreis fallen hierdurch gegenüber dem Jahr 2010 Erträge von rund 2,8 Mio. € aus. Der vorgesehene Ausgleich durch Einführung einer sog. Kompensationsumlage, die von den Städten und Gemeinden zum Ausgleich der Grunderwerbsteuerstreichung an das Land zu zahlen ist und den Finanzausgleichstopf verstärkt, umfasst demgegenüber nur rund 73,1 Mio. €, macht also noch nicht einmal die Hälfte der Einnahmehausfälle bei der Grunderwerbsteuer aus.

Die **Zinsen** für die vom Landkreis aufgenommenen Darlehen betragen 13,3 Mio. €, das sind 5,2 % der Gesamtaufwendungen. Davon entfallen auf Zinsen für den voraussichtlichen Bestand an Kassenkrediten 2,136 Mio. €. Wir profitieren naturgemäß hierbei von dem immer noch sehr niedrigen Zinsniveau. Auch wenn der Kreis über das Portfoliomanagement hier Zinssicherungen eingebaut hat, so liegt in der künftigen Zinsentwicklung dennoch eine nicht unbedeutende Sprengkraft für den Haushalt.

III. Stellenplan 2011

Anrede,

2011 wird nicht nur finanziell ein Jahr der besonderen Herausforderungen und Belastungen. Auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden sich die Belastungen weiter nach oben entwickeln. Wir nehmen aber den Auftrag, den uns der Kreistag mit dem im Juni 2010 beschlossenen Haushaltsicherungskonzept 2010 gegeben hat,

erst. Die Zahl der Planstellen wird in dem Ihnen vorliegenden Stellenplanentwurf gegenüber dem Vorjahr **um 9,13 Vollzeitstellen** auf dann noch 813,02 Stellen **reduziert**.

Diese Stellen wurden selbstverständlich auch bei den Personalkosten für 2011 nicht aufgeplant.

An dieser Stelle will ich auch deutlich machen, dass der Stellenplan wie auch der Haushalt im Wesentlichen noch keine Ressourcen für die Aufgabenwahrnehmung als Optionskommune ab 2012 enthält. Dies wird dann erst im Plan 2012 geschehen.

Mit jetzt noch 2,68 Stellen hat die Stellenreserve allerdings ihre kritische Grenze erreicht. Damit wachsen auch die Risiken beträchtlich, bei längerfristigen krankheitsbedingten Ausfällen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Vertretung zu organisieren.

IV. Zum Haushaltssicherungskonzept 2011

Nach den aktuellen Prognosen des 3. Quartalsberichts, der vom Kreisausschuss am 17.11.2010 beraten und dann dem Haupt-, Finanz- und Organisationsausschuss umgehend zugehen wird, zeichnet sich für das Haushaltsjahr 2010 eine Reduzierung des Defizits um rd. 6,6 Mio. € ab. Damit werden wir die Zielmarke des diesjährigen Haushaltssicherungskonzepts von 5,2 Mio. € voraussichtlich deutlich übertreffen.

Anrede,

das dem Haushaltsentwurf als Anlage beiliegende Haushaltssicherungskonzept stellt eine Fortschreibung der erst im Juni 2010 vom Kreistag für das laufende Jahr beschlossenen Fassung dar. Es berücksichtigt daher auch die formalen Anforderungen der Aufsichtsbehörde.

In der Ihnen jetzt vorgelegten Fortschreibung ist für das Jahr 2011 ein Konsolidierungspotenzial im Ergebnishaushalt von 3,2 Mio. € ausgewiesen. Dies erscheint, zu-

mal gemessen am Fehlbedarf, wenig zu sein. Es ist aber ein Beleg für die geringen Spielräume des Kreises, seine Haushaltssituation eigenverantwortlich zu gestalten.

Auch den Aufsichtsbehörden ist bewusst, dass ein Haushaltsausgleich jedenfalls ab 2010 in weite Ferne rückt. Es kann und muss aber festgelegt werden, welche Konsolidierungsziele der Kreis zu erreichen hat. Dies erfolgt hiermit.

Ich bin überzeugt, dass Sie bei den jetzt anlaufenden Haushaltsberatungen auch erkennen können, dass der Kreis mit dem Konzept sowohl den sehr begrenzten Möglichkeiten des Kreises, aber auch dem Willen des Parlamentes über die Standards der von uns anzubietenden Leistungen Rechnung zu tragen versucht. Dies ist, wenn Sie so wollen, alljährlich die Quadratur des Kreises!

V. Kreditaufnahmen und Verschuldung

Da dem Lahn-Dill-Kreis schon zur Deckung der laufenden Pflichtaufgaben nicht ausreichende Finanzierungsmittel zur Verfügung stehen, wächst die Verschuldung weiter und dramatisch um rund 110,4 Mio. €. Davon entfallen, wie bereits zu Beginn meiner Ausführungen genannt, 58 Mio. € auf die voraussichtlich zur Liquiditätssicherung notwendigen Kassenkredite.

Auch für die reguläre ordentliche Tilgung von Krediten müssen wir seit Jahren neue Kredite aufnehmen. Kein einziger Euro bleibt für Investitionen übrig, kein Euro zur Finanzierung der zurückgestellten Risiken, insbesondere der Pensionsverpflichtungen. Der Kreis wird seinen Pensionären künftig anstelle eines Ruhestandsgehalts nur einen Anteil an maroden Immobilien abtreten müssen, wenn wir uns nicht die nötigen Zahlungsmittel über Kassenkredite sichern können – ob dies Satire bleibt oder irgendwann einmal bitterere Realität wird, muss offen bleiben.

Fakt ist, dass ein Abbau der Verschuldung, die Ende 2011 auf insgesamt 368,7 Mio. € klettern wird, für den Kreis nicht in Sicht ist. Ich hoffe, dass nach Einführung der Schuldenbremsen im Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung sich das Land mit den Kommunen und den Spitzenverbänden auch einmal der kommunalen Ver-

schuldung annimmt. Dies ist ohne Alternative, ein Weiter so geht nicht mehr lange gut.

Anrede,

das Land hat vor einigen Wochen angekündigt, über die notleidenden Kommunen einen **Schutzschirm** spannen zu wollen. Derzeit ist dies nur eine Ankündigung, es fehlen Details und es gibt Aussagen, die mehr verwirren als helfen. Mir scheint dies jedenfalls zur Zeit eher eine Geisterdiskussion zu sein.

Die Landkreise, dies ist mein Eindruck, sind klammheimlich zur „Bad Bank“ im Lande mutiert: Immer mehr Aufgaben werden auf die Kreise abgeladen, ohne dass die Ressourcenausstattung Schritt hält.

Wissen sollte man, dass nach der Veröffentlichung des Präsidenten des Landesrechnungshofes die Schulden der hessischen Kommunen in diesem Jahr 19 Mrd. € erreichen werden und Ende 2009 die Kassenkredite alleine bei den Landkreisen schon bei 1,8 Mrd. € lagen. Dies macht alleine schon mehr als 60 % des angedachten Gesamttopfes aus.

Wenn es bei der angekündigten Dotierung von max. 3 Mrd. € bleibt, hat der Schutzschirm schon jetzt arge Löcher.

Ich bin daher sehr gespannt, welche Ergebnisse die jetzt anlaufenden Gespräche zwischen den Kommunalen Spitzenverbänden und Vertretern des Landes zur Klärung von Details ergeben werden. Wir werden jedenfalls daran teilnehmen.

Abschließend sei noch darauf hingewiesen, dass die Verwaltung mit Hochdruck an der Vorbereitung des Antrags des Lahn-Dill-Kreises arbeitet, ab 2012 als kommunaler Träger für das SGB II zugelassen zu werden. Sollte sich je nach Entscheidung die Notwendigkeit ergeben, Anlaufkosten für die neue Einrichtung oder bisheriges ARGE-Personal seitens des Kreises übernehmen zu müssen, kann es im kommenden Jahr

notwendig werden, zeitnah einen Nachtragshaushalt aufzustellen. Hierüber werde ich Sie dann zeitnah informieren.

Wie könnten die Kommunen entlastet werden, um wieder handlungsfähig zu werden?

- Die Gewerbesteuer muss durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen und die Einbeziehung von Selbstständigen und Freiberuflern gestärkt werden.
- Der Bund muss die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung vollständig übernehmen.
- Die quotale Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft nach SGB II muss auf 40 % erhöht werden.
- Der Bund muss gemeinsam mit den Ländern und den Kommunen die Mitfinanzierung des Ausbaus von Kinderkrippenplätzen und der Gewährleistung eines Rechtsanspruches auf einen Krippenplatz neu regeln und die Förderung entsprechend der realen Nachfrage nach Krippenplätzen anpassen.
- Der Bund muss ein bundesfinanziertes Leistungsgesetz für die ausreichende materielle Versorgung von Menschen mit Behinderungen schaffen.
- Das Land Hessen muss auf den Eingriff auf den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von jährlich 360 Mio. € verzichten.

Anrede

die Einbringung des Haushaltsentwurf 2011 ist hiermit erfolgt. Er soll am 13. Dezember durch den Kreistag verabschiedet werden.

Den kreisangehörigen Städten und Gemeinden, die schon traditionell zum Entwurf des Kreishaushalts angehört werden müssen, werden wir das Zahlenwerk in einer Bürgermeister-Dienstversammlung vorstellen, die morgen – 09.11. - stattfindet. Den

Gemeinden bleibt für ihre Stellungnahme eine Frist von knapp 4 Wochen, was hoffentlich ausreichend ist.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit, der Verwaltung für die Vorarbeit und wünsche uns trotz der näher rückenden Kommunalwahl eine sachliche Debatte und konstruktive verantwortungsvolle Entscheidungen.